

Unverfrorenheit und Anstand

Fall Zölch Nichts gewusst zu haben – die Ausrede beleidigt das geneigte Publikum



CHRISTOPH BOPP

Es ist alles rechtens gelaufen und trotzdem ist die Welt nicht mehr in Ordnung. Elisabeth Zölch, Berner Regierungsrätin von 1994 bis 2006, zahlte in den Jahren von 2002 bis 2005 keinen Franken Steuern, weil ihr stattliches Einkommen von ungefähr 250 000 Franken im Jahr im Schuldenloch verschwand, das ihr Gatte, der Medienanwalt Franz A. Zölch, angerichtet hatte. «Einkommen 0 Franken» auf der Steuererklärung – Experten bestätigen, dass das durchaus möglich sei, sofern man Inhaber einer entsprechend verschuldeten Einzelfirma sei. Das Berner Steueramt räumt auch ein, dass es in der Tat möglich sei, dass die Unterschrift von Elisabeth Zölch auf der gemeinsamen Steuererklärung habe fehlen dürfen. Und weil parallel dazu das gemeinsame Vermögen von rund 1 Million Franken auf 130 000 Franken geschrumpft ist, scheint der Sachverhalt nicht ganz unplausibel und scheinen die Erklärungsversuche des Herrn Zölch nachvollziehbar. Dass der Fall hohes Skandalisierungspotenzial besitzt, ist klar. Der «Blick» hat die Geschichte der «Sonntags-Zeitung» denn auch dankbar aufgegriffen und weitergetrieben. Und wir wissen jetzt, dass Frau Zölch nicht mal selbst ihre Post öffnet. Denn als Nullverdiener kriegt man im Kanton Bern die Prämienverbilligung für die Krankenkasse per Post offeriert. Auch da, sagte die Altregierungsrätin, wusste ich von nix. Das liess die Frage aufkommen: Wie dumm/naiv darf eine Spitzenpolitikerin denn sein? Wenn schon Bundes-

räte vergesslich sind, ist die Frage nach der Intelligenzmässigen Ausstattung von Politikern nicht abwegig. Mehr bewegen würde allerdings eine andere Formulierung: Für wie dumm hält sie uns? Oder anders: Wie unverfroren kann man sein, um zu glauben, mit einer solchen Geschichte durchzukommen? Die Frage so zu formulieren, wäre mehr als nur die Umkehrung der Überprüfung der Intelligenzausstattung. Sie wirft auch ein Licht auf den Wertewandel innerhalb unserer Gesellschaft. Skandale hat es immer gegeben, aber es scheint, dass die Einsicht der Skandalisierten in die Fragwürdigkeit des eigenen Tuns ziemlich geschwunden ist. Ähnlich verhielt es sich ja auch im Fall des gestürzten Chefs der Armee, Roland Nef. Jeder Mensch kann in unangenehme Situationen geraten, wie stark man auch das Selbstverschulden gewichten will. Darüber den Stab zu brechen, sind wir nicht befugt. Die Bibel spricht vom Balken im eigenen Auge, wenn es um den Splitter im Auge des Nächsten geht, und damit hat sie sicher recht. Was erstaunt, ist, wie die Gestrauchelten die Lage einschätzen. Offenbar halten sie es nicht für ein Problem, einfach weiterzumachen, als wäre nichts geschehen. Unsere Gesellschaft ist toleranter geworden, das ist auch gut so. Viele Dinge, die früher «nicht gingen», werden heute stillschweigend geduldet. Man hat keine Schulden, man ist nicht geschieden – diese Tabus sind gefallen. Aber hier geht es um Heuchelei – und die beleidigt ihren Adressaten mehr, als sie den Heuchler belastet.

christoph.bopp@azag.ch

NICOS SEITENST(R)ICH



Die Vernunft hat doch noch gesiegt

Fall Sabo Wahre Sieger sind die Röschenzer, die stets hartnäckig zu ihrem Pfarrer hielten



RETO ANKLIN

Dass Bischof Kurt Koch und der von ihm suspendierte Röschenzer Pfarradministrator Franz Sabo je gemeinsam eine Erklärung unterzeichnen und einen Schlusstrich unter ihren jahrelangen Streit ziehen würden, glaubten wohl nur noch die grössten Optimisten. Zu festgefahren schienen die Fronten. Dieser Eindruck verschärfte sich noch, als Bischof Koch das Urteil des Baselbieter Kantonsgerichts zurückwies und den Streit mit dem Kleine-Leute-Pfarrer aus Röschen zur grundsätzlichen Frage um Kirche und Staat emporstilisierte. Umso mehr ist nun der Hut zu ziehen vor Bischof Koch. Wer sich so unnachgiebig gibt und am Schluss doch noch die Grösse zur Versöhnung hat, dem gebührt Respekt. Allerdings muss sich Kurt Koch fragen, ob er diesen Schritt nicht schon längst hätte tun müssen. Der Flurschaden, den der Fall Sabo hinterlässt, ist immens. Zahllose Gläubige haben ihren Kirchenaustritt gegeben. In Kleinlützel ist ein ganzes Dorf zerstritten, und die dortige Kirchgemeinde wird zwangsverwaltet. Für Pfarrer Sabo sieht es aus wie ein Sieg auf der ganzen Linie. Mit dem Versprechen, loyal zu sein und mit Problemen künftig zuerst zum Bischof zu gehen und nicht zu den Medien, verpasst er sich allerdings einen Maulkorb. Anscheinend hat auch er eingesehen, dass es so nicht weitergehen kann. Als klare Sieger gehen einzig die Röschenzer hervor. Sie haben sich von Anfang an bedingungslos hinter ihren Pfarradministrator gestellt. Das Bistum hatte wohl spekuliert, dass der Widerstand früher oder später zerbröckeln würde. Die Hartnäckigkeit, mit der die Röschenzerinnen und Röschenzer zu Franz Sabo gestanden sind, ist das Bewundernswerteste an dieser Geschichte.

reto.anklin@bz-ag.ch

Wall E und Wall Street

Gastautorin Zum Zusammenbruch der internationalen Finanzmärkte



Gastautoren ausser in ihren Beiträgen ihre persönliche Meinung. Heute: Regula Stämpfli, Politologin, Dozentin und Buchautorin, lebt mit ihrer Familie in Brüssel.

REGULA STÄMPFLI

Im neusten amerikanischen Kinderfilm «Wall E» ist der Held ein verschrotteter Roboter, der mit Umsicht auf einem Müllhaufen, der sich später als die Erde entpuppt, aufräumt. Gleichzeitig vegetieren die ehemaligen Weltbewohner irgendwo im All als zum Gehen unfähige, am Tropf der Maschinen hängende Fettkolosse dahin.

Eine bessere Metapher für das gegenwärtige Geschehen an der Wall Street gibt es nicht. Denn die Geschichte von Wall E und Wall Street ist schnell erzählt. Da werten losgelassene Ingenieure, Mathematiker, Juristen und Banker auf Papiere, die keinen Cent wert sind, und kriegen, falls alle frischfröhlich um die heisse Luft mitwetten, Millionenboni ausbezahlt. Sie wickeln die Politiker hüben und drüben mit adipösen Gewinnvorhersagen ein. Verführt von Zahlen, machen sich dann die Politiker daran, alles zu privatisieren: Gesundheitsfürsorge, Familie, die Schule, Universitäten, öffentliche Bauten, Post, Wasser, Strom usw. Gleichzeitig werden alle Steuern für die Superreichen und Reichen abgeschafft. Angesichts solcher Rabattsysteme für Zocker erstaunt es nicht, dass alle öffentlichen Institutionen unter der Last hoher Verschuldung stöhnen. So werden die Leistenden, die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die anständigen Angestellten und Lohnarbeitenden ständig frustriert. Wehe aber, wenn dann etwas schiefgeht! Plötzlich schreien all die Ingenieure, Mathematiker, Juristen und Banker «Naturkatastrophe!», «Hurrikan!», «Erdbeben!». Sie waschen ihre Hände in Unschuld: «Bankenbankrott! Das ist doch nicht unser Problem, wir sind nur

die Verwalter, die Aktionäre sollen mal selber schauen, wo sie bleiben!» Einige meiner engsten Freunde sind kompetente Vermögensverwalter. Sie verwalten seit Jahren seriös das Geld vieler mittelständischer Unternehmen. Sie werden von der Politik und vom Management zum Teil mit Absicht aus dem ganz grossen Spiel herausgehalten. Weil die Zocker wissen: Diese Jungs würden ihnen schon längst auf die Finger schauen! So etablierte sich über Jahre hinweg ein Kopfnicker-Finanzsystem mit halbbelichteten Jungmännern und alten Patriarchen, deren einziger Mut darin bestand, Risiken auf Kosten anderer Menschen einzugehen. Wie lautet nun die Antwort der Politik auf die Krise? Sie speist die betrogenen Aktionäre mit einem Schulterzucken ab und macht sich daran, die milliardenschwere Zeche für die Hurerei der Testosteronjungs an der Wall Street mit einem milliardenschweren Ausnahmezustand zu bezahlen. In der Schweiz verkündet Finanzminister Merz noch kurz vor seinem Nahtoderlebnis, dass jetzt der ideale Zeitpunkt sei, Rabatte an alle Heuschrecken, auch Hedge Funds genannt, auszuschütten. Grässlich an den Geschichten der letzten zehn Tage ist, dass uns allen eigentlich keine Alternative bleibt. Übernehmen wir die Schulden der Zocker nicht,

Leider bleibt uns keine Alternative: Übernehmen wir die Schulden der Zocker nicht, fällt das ganze System wie ein Kartenhaus in sich zusammen

fällt das ganze System wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Bis Sie und ich kein Bargeld mehr aus dem Bancamente kriegen oder die Butter dann 1 Million Franken kostet. Kein gemütliches Szenario und die unbeschreibliche Wut dieser organisierten Unverantwortlichkeit, dieser verfaulten menschlichen Moral, dieser skrupellosen Zynismen bleibt. Klar ist lediglich: Die Ära der am Kollaps operierenden Zahlenmentalitäten universitärer Erbsenzähler, finanzieller Kasinospiele, politischer Demokratievermesser, kultureller Relativitäts nihilisten ist mit dem Zusammen-

bruch der internationalen Finanzmärkte vorbei. Was wir hier sehen, ist nichts anderes als eine gigantische Kernschmelze. Die Folgen von 2008 werden so weitreichend sein wie die von 1989. Was in den letzten zwei Wochen passiert ist, bringt genau die Länder an die Macht, die Amerikas Kapitalismusmodell verschmäht haben. Dies mag im Falle der Skandinavier, ja sogar der Deutschen oder der Franzosen beruhigend sein, bei Russland, China, Indien, Iran und Saudia-Arabien aber schon mehr Ängste auslösen. Was also tun? Sicher nicht einfach mit Finanzspritzen korrupte Finanzsysteme am Leben erhalten. Sondern durch milliardenschwere Investitionsprogramme à la Keynes endlich auch im Bereich der Infrastruktur im Nanozeitalter ankommen. Einfacher gesagt: Es muss gebaut werden. Nachhaltig, energiesparsam und innovativ. Amerikas Elektromaste sollen endlich nicht mehr wie Anfang 19. Jahrhundert aussehen, sondern im 21. ankommen. Amerikas öffentlicher Verkehr soll kein Witz mehr sein, sondern französisches Nachahmermodell. Amerikas Sanitätsinstallationen sollten keinen marokkanischen, sondern einen deutschen Standard aufweisen. Amerikas Bildungspolitik nicht wie ein Feudalsystem unter Louis XIV. funktionieren, sondern das Vorbild Finnland pflegen. Und, und, und. Vielleicht ist es nach diesen Kriegsjahren an der Wall Street endlich an der Zeit, zerstörte Öffentlichkeit, zerstörte Demokratie, zerstörte Kultur in den USA und anderswo, wo die Finanzhaie gewütet haben (nicht zuletzt im Irak), aufzubauen. Vielleicht braucht es einen Marshallplan in der umgekehrten Richtung. Denn wie die letzten Wochen klar zeigen: Ohne funktionierende öffentliche Einrichtungen gibt es früher oder später auch keinen Markt mehr. Auch keine Entwicklungshilfe. 700 Milliarden werden besser investiert als einfach schnell an der Wall Street verbrannt. Europa muss hier auch Leadership zeigen. Erst dann wird diese gegenwärtige Krise das reinigende Feuer sein, aus welchem der amerikanische Phönix aus der Asche steigt.